

STIFTUNGEN

Blut und Eisen

Eine Bundesstiftung soll die Verehrer Otto von Bismarcks mit Geld versorgen. Doch rechte Töne stören die Opposition.

Es war nur ein kleiner Bahnhof diesmal in Friedrichsruh. Wo einst Regierende und Fürsten Europas ihren Salonwagen entstieg und über rote Teppiche zu den bereitstehenden Sechsspännern schritten, kam der Mann, der später Kanzler der Einheit werden sollte, nur auf einen Sprung vorbei.

Doch Helmut Kohl griff schon damals nach jedem Zipfel des Mantels der Geschichte. Er gab Ferdinand von Bismarck, dem Urenkel des ersten deutschen Reichskanzlers, das Wort, all seinen Einfluß geltend zu machen, um eine „Aufgabe von nationalem Interesse“ zu bewältigen – Otto von Bismarck wieder in das Bewußtsein der Bevölkerung zu bringen.

Neun Jahre sind seitdem vergangen. Seit 1994 gibt es die durch Ministerialerlaß gegründete „Otto von Bismarck-Stiftung“, und in diesem Jahr stehen 7,5 Millionen Mark öffentlicher Gelder für die Restaurierung des historischen Bahnhofs Friedrichsruh bereit, der künftig als Sitz der Stiftung dienen soll.

Dem teuren Gedenken an den „eisenernen Kanzler“ stünde also nichts mehr im Wege, hätten nicht einige Traditionalisten in Bonn und Bismarck-Urenkel Ferdinand eine Garantie für die Ewigkeit gewollt. Im vergangenen Jahr forderten sie, der Bundestag solle die bestehende Stiftung in eine selbständige Bundesstiftung umwandeln. Die Folge: Der Geldfluß könnte nur per Gesetz wieder gestoppt werden.

Die Gesetzesinitiative von Union und FDP scheiterte im Bundestag, als die sozialdemokratische Abgeordnete Uta Titze-Stecher „Bauchgrimmen“ und „Bedenken hinsichtlich des demokratischen Vorbildcharakters Bismarcks“ überfielen. Die SPD, unter Bismarck durch die Sozialistengesetze verfolgt, schaute genauer hin – und plötzlich hat auch Fraktionschef Rudolf Scharping „kein Interesse“ mehr an einer Zustimmung.

Denn zu den historischen kommen nun auch politische Bedenken. Den Kritikern scheint keineswegs sicher, daß es Ferdinand von Bismarck, wie er stets beteuert, nur darum geht, das Andenken an „Deutschlands größten Staatsmann“ wachzuhalten.

Schließlich sind mit Archiv und Bibliothek nur ein minimaler Teil des Bismarck-Gedenk-Ensembles in Friedrichsruh leihweise auf den Bund übergegangen. Mausoleum und Museum, im Gegensatz zu Archiv und Bibliothek von zahlenden Be-



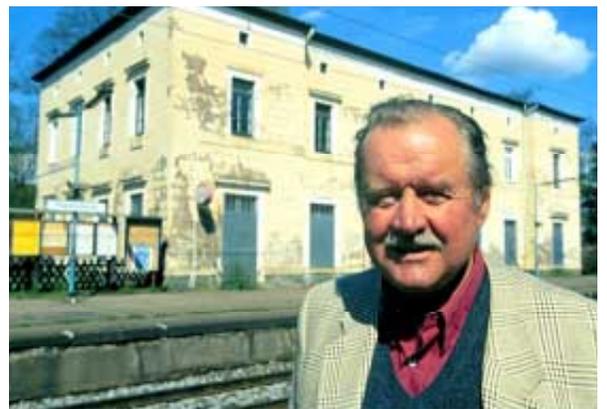
Bismarck-Gruft in Friedrichsruh: Medaillen für Rechtspopulisten

suchern frequentiert, blieben dem millionenschweren Fürstenhaus. Der Clan-Chef ist gleichzeitig Schloßherr, Ländereibesitzer, Eigentümer einer Schnapsbrennerei sowie einer Luxusvilla in Marbella.

Das politische Profil des weltläufigen Fürsten verschwimmt ins Nationale. Als Familienoberhaupt ist Ferdinand seit vielen Jahren Schirmherr des „Bismarckbundes e. V.“. In dieser „Vereinigung zur Wahrung deutschen Geschichtsbewußtseins“ wird Kohls Vorhaben, Reichsschmied Bismarck wieder ins gesamtdeutsche Bewußtsein zu bringen, von Nationalkonservativen und Rechtsextremisten leidenschaftlich in die Tat umgesetzt.

Laut Satzung verpflichten sich die etwa 500 Mitglieder des Bismarckbundes unter anderem zu „Wehrbereitschaft“ und „Pflichterfüllung gegenüber Staat und Volk“. Sie betrachten es als ihre Aufgabe, das „deutsch-preußische Geschichts- und Kulturbewußtsein“ zu pflegen. Zum Tag der deutschen Einheit etwa läßt „Seine Durchlaucht“, wie der Fürst von Anhängern untertänigst genannt wird, mit dem Bismarckbund zu patriotischen Feierlichkeiten ins Mausoleum ein. Dann pilgern „Deutsche aus allen Teilen unseres Vaterlandes in den Sachsenwald, um des Gründers des Deutschen Reiches zu gedenken“. Im idyllischen Friedrichsruh empfangen immer wieder namhafte Rechtspopulisten die Bismarck-Erinnerungsmedaille als Belohnung für ihre Auftritte.

Alfred Schickel, Leiter der „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“, bemühte sich 1987 um Geschichtsrevision in der Frage der deutschen Kriegsschuld; Professor Hans Filbinger, NS-Marinerichter und später Ministerpräsident von Baden-Württemberg, referierte 1989 auf Einladung des Fürsten. Und Karlheinz Weißmann, der



Bismarck-Fürst Ferdinand*: „Vaterländische Gesinnung“

als Buchautor in den Bestsellerlisten der „neuen Rechten“ auftaucht, sprach 1993 über den „Rückruf in die Geschichte“. 1996 war Stefan Wartisch, Mitbegründer des „Hamburger Kreises“, als Festredner angekündigt; die Feier fiel aus Angst vor einer Gegenkundgebung aus. Dem „Hamburger Kreis“ bescheinigt der Verfassungsschutz „zweifelloso die Frontstellung zum Modell des demokratischen Verfassungsstaates“.

Unter den Funktionären und Ordensträgern des Bismarckbundes sind etliche, die sich ihre „Anerkennung für bewiesene vaterländische Gesinnung“ auf rechte Art erworben haben:

- ▶ Hugo Wellems, bis zu seinem Tod 1995 stellvertretender Vorsitzender des Bismarckbundes und in der Zeit des Nationalsozialismus eifriger Propagandafunktionär;
- ▶ Emil Schlee, Anfang der neunziger Jahre Europaabgeordneter der rechtsextremistischen Republikaner und Nachfolger Wellems’;
- ▶ Axel Zehndorf, langjähriger Führungskader der inzwischen verbotenen Wiking-Jugend und Landesvorsitzender der ebenfalls verbotenen Freiheitlichen

* Vor dem Bahnhof Friedrichsruh.

Deutschen Arbeiterpartei. Im August 1993 nahm der Maschinenbauer aus Hattungen am verbotenen Neonazi-Aufmarsch in Fulda teil;

- ▶ Ulf Kretschmann, Mitläufer der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ des verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen;
- ▶ Walter Fenske, Mitglied in der „Stillen Hilfe für Kriegsgefangene und Internierte e. V.“, die sich ausschließlich um die Versorgung ehemaliger SS-Offiziere und deren Angehörige bemüht.

Wenn im Sachsenwald die drei Strophen des „Liedes der Deutschen“ erklingen, stehen auch Männer in grüner Uniform stramm: Der „Traditionsverband Lützower Jäger von 1813“ trägt die schwarzrotgoldene Fahne mit dem Eisernen Kreuz und nimmt laut Satzung nur Deutsche auf.

Dieser Schützenverein aus Mölln mit seinen über das ganze Bundesgebiet verteilten Kameradschaften ist den Verfassungsschützern in Niedersachsen und Schleswig-Holstein wohlbekannt: Er ermöglicht, so der „vertrauliche Verfassungsschutzbericht“ des Landes Hamburg von 1993, „einer Reihe Burschenschaftlern“ wehrsportähnliche Schießübungen.

Allen rechten Strömungen zum Trotz – für Fürst Ferdinand ist der Bismarckbund nur ein Traditionsverein, dessen Mitglieder nichts als „Fans“ seien.

Aus Sicht des Clan-Chefs muß jetzt vor allem Geld her: Reparaturen am Dach des Mausoleums sind noch nicht voll bezahlt, und im nächsten Jahr soll der 100. Todestag des Reichskanzlers gebührend begangen werden. Der Gesetzentwurf für die Bundesstiftung soll im Spätsommer notfalls ohne Zustimmung der Opposition in Bonn passieren – getreu dem Motto, daß die großen Fragen der Zeit eh durch Eisen und Blut entschieden werden.

Nachdem der Bund bereits 1993 den völlig maroden historischen Bahnhof für 475 000 Mark von der Deutschen Bahn übernahm, beginnen dort nun die Bauarbeiten. In spätestens zwei Jahren soll die Stiftung die Räume beziehen. Für Oktober dieses Jahres sind bereits international besetzte Eröffnungssymposien der Bismarck-Stiftung geplant. Im April konstituierte sich auch der wissenschaftliche Beirat, fernab von Bonn im Sachsenwald der Fürstenfamilie.

„Das Ganze ist eine sehr zweifelhafte Angelegenheit“, glaubt Professor Bernd Faulenbach, Vorsitzender der Historischen Kommission der SPD. Die Stiftung werde jetzt als Institution des Innenministeriums geführt, „praktisch am Parlament vorbei, also innerhalb einer Grauzone“.

Vom Ärger um die Bundesstiftung mag Fürst Ferdinand („Ich dachte, das sei alles abgestimmt“) nichts wissen: „Es gibt ja für jede politische Richtung eine Stiftung.“ ◆